

Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Verlag: **Der Rote Stern**, Halle, Verdenstraße 14, Fernruf 2104 (Abd.), 2102 (Tel.).
Herausgeber: **Der Rote Stern**, Halle, Verdenstraße 14, Fernruf 2104 (Abd.), 2102 (Tel.).
Abonnementpreis: 15 Pf. für den Monat; Einzelhefte: 1 Pf. im Teilzeit. Verkauft: Commag und Braun-Verlag Halle, Verdenstraße; Leipzig 10048 814; Korb, Halle; Druck: Krotzsch Halle, Verdenstraße 6 u. 8, Halle, Verdenstraße 14, Fernruf 2251. Druckort: Halle, Verdenstraße 14.

Abonnementpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 18. Dezember 1929

9. Jahrgang Nr. 279

Schulbeispiel für sozialfaschistischen Verrat

Arbeiter als Weihnachtsgeschenk

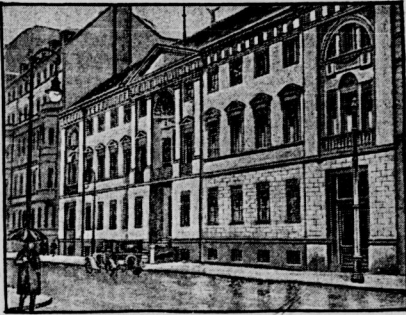
6 bis 10 Mark soll den Bergarbeitern der Lohn verkürzt werden — Aus Willkürsamerlicher Lohnzulage wird ein unerhörter Lohnabbau — Jeder einzelne Betrieb Antwortet mit Streik auf den Lohnraub! — Das Maß ist voll! — Die Lat ist alles!

Wir haben bereits gestern den Lohnbetrug an den Bergarbeitern als Folge der reformistischen Politik aufgedeckt. Nun sind mit Hilfe des von uns gestern erwähnten Reichsarbeitsgerichts die Unternehmer, an der Spitze die Tochtergesellschaft des Chemietrusts, die Niedermontmerke, dazu übergegangen, die Prämien- und Leistungszulagen zu kürzen oder zu streichen. Statt Lohnerbhöhung also Lohnabbau im Bergbau!

Wir haben bereits gestern festgestellt, daß in den meisten Betrieben keine Berechnungen zwischen den Kameradschaften oder Betriebsräten und der Betriebsleitung bestanden haben und daher auch ohne Kündigung schon während des letzten Lohnkampfes, das die Reformisten aufgeführt haben, die Prämien- und Leistungszulagen knifflig gestrichelt worden sind. Wir haben gestern darauf hingewiesen.

Die Prämien- und Leistungszulagen, die wir gestern als „Kameraschick“ bezeichnet haben, die sich heute in einen Lohnabbau zu verwandeln.

Das nur durch den Schandstichspruch des Sozialdemokraten und die sozialfaschistische Niederlagenstrategie der Gewerkschaften möglich war, „pergibt“ der Volkszorn. Doch wir werden gestern erst wieder einen Satz aus einem Kundensreiben der Gewerkschaften an dieser Stelle veröffentlichen, aus dem einleuchtend hervorgeht, daß es die Gewerkschaften für bei den Verhandlungen bewußt unterlassen haben, den Kampfschlüssel zu liefern. Die Zeiger Kontordatenselben reden vom „Glocken-gebimmel“, von den „Kirchtürmen in den Braunkohlenzeviern“ und sollen von „Fitz-Rittern“ und „Knappen-Uniformen“. Doch nichts wird vom Kampf gesagt! Dieser hinterlistige Lohnabbau ist ja der letzte Akt der sozialen Trübsalorgie, Arbeitsministerium und Gewerkschaften abgekarteter List. Der Lohnabbau ist die gesamte soziale Welt in diesem Jahre. Die Arbeiter der Welt für die Bergarbeiter. Den Widerstand auch nur auf einzelnen Gruben organisieren, das heißt für die Reformisten das ganze Glasgebäude ihres Massenbetruges aber auch ihrer Young-Plan-Politik zerfallen. Mit dem von ihnen umhimmelten „Glocken-gebimmel“ der Weichheitspolitik müßten sie den Widerstand der Massen zu Grobe tragen, damit der kapitalistische „Friede auf Erden“ herrscht. Wirtschaftsfrieden zur Durchführung der Exportpläne des Imperialismus, des Young-Planes der



Für Bischöfe ist Wohnraum da

In diesem Haus mit vier Ecken und 128 Zimmern wird der neue Berliner Bischof Schreiber seinen Wohnsitz nehmen. Die wachsende Zahl der Wohnungsluchenden scheidet ihn dabei wenig. Dieser Gottesdiener genießt den Wohlstand eben auch lieber auf Erden, anstatt sich auf die zweifelhafte Sache mit den Himmelswohnungen zu verlassen.

Schließung, des Kriegsplanes gegen die Sowjetunion ist das, wofür die Sozialdemokraten zu sorgen haben und Ministerstempel drücken dürfen.

Darauf muß gebliffen werden! Streik in jedem einzelnen Betriebe — und zwar sofort! — ist die einzig richtige Antwort, die die Bergarbeiter auf jeden einzelnen der von den Reformisten beabsichtigten Verkürzungen der Verteilungen erteilen müssen. Die Flut des Vertrauens in die eigene proletarische Klassenkraft muß den Damm des Wirtschaftsfriedens in einem Betrieb nach dem anderen überflutet. Nichts wird mehr geduldet hingenommen! Das Maß ist voll!

Dem Unternehmertum sowie der Gewerkschaftsbürokratie gilt die geistloseste eiserne Front aller Kampfgenossen. Sofort gilt es, in den Betrieben Versammlungen durchzuführen und auf jeden Unternehmerrückfall unter Führung von selbstgewählten Kampf- und Streikleitungen in den Streik zu treten.

Nur wenn der Damm der vereinigten Arbeiterklasse an einer und dann an zwei, drei, sechs Stellen durchbrochen wird, ist es möglich, in breiter Welle nicht nur dem Lohnabbau Einhalt zu setzen, sondern eine annehmbare Lohnerbhöhung zu erlangen.

Wohnungsrichtlinien statt Wohnungsbau

Vor der Stilllegung des gesamten Wohnungsbaus

(Eig. Ber.) Berlin, 17. Dezember.

In der Dienstag-Sitzung des Reichstages wird die Ausarbeitung der Wohnungsrichtlinien für das Wohnungswesen fortgesetzt. Es ist schließlich im Richtlinienhandel und nicht am Gesetze, vertritt die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten natürlich die allgemeine Propagandaarbeiten zu halten. So nimmt es kein Wunder, daß sowohl der sozialdemokratische Arbeitsminister Willif, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten Wendt und Epstein Agitationsreden halten und den Wohnungsluchenden die allgemeinen höchsten Versprechungen machen. Aber der gesamte Verlauf der Debatte, wie besonders die Ausführungen des Reichstages des Wohnungsausschusses, des Genossen Georg Schumann, beweisen, daß es sich bei den Richtlinien schließlich um ein Ausmaßmittel handelt und daß in Wirklichkeit in den nächsten Jahren der Wohnungsbau in Deutschland fast vollständig zum Erliegen kommt.

Genosse Schumann übertrug an eingehendem Material die ungeheure Notlage der proletarischen Mieter und stellte fest, daß die Wohnungsnot nicht zurückgegangen, sondern von Jahr zu Jahr gesteigert ist. Dann hielt er Abrechnung mit den Parteien, die anstatt Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, lieber papierne Richtlinien aufstellen, die zu nichts verpflichten, aber den wertvollen Massen den Blick zu trügen freuen.

In der Denkschrift der Schwerindustrie heißt es aber auch ausdrücklich, daß der Wohnungsbau eingeschränkt werden muß und daß die Mieterausgaben abgeändert werden müssen. Ein dementsprechender Antrag liegt auch bereits dem Reichstag vor. (Hört hört h. d. Romm.) Wir Kommunisten zuzufügen nicht, daß die Reichsregierung auch allen Wünschen der Hausarbeiter und Großgrundbesitzer nachkommen wird.

Genosse Sch. stellt ferner fest, daß mit dem Industriefuß in allen Teilen der Sowjetunion eine rege Neubautätigkeit eingeleitet hat. Es liegt im Ziel des Fünfjahresplans der Sowjetunion, selbst die Wohnungswesen in den Städten vollkommener zu beheben. In Deutschland dagegen vollzieht sich der Ausbau der Industrie, die Erhöhung der Profite lediglich auf Kosten der Arbeiterklasse, deren Ansprüche auf allen Gebieten des Lebens immer mehr beschnitten werden.

In der darauffolgenden Abstimmung wurden selbstverständlich die Richtlinien zum Wohnungsbau angenommen, nachdem alle kommunistischen Anträge zugunsten der Kleinrentner, Neubauarbeiter und Wohnungsluchenden in der Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt waren.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 8 Uhr.

Erwerbslose greifen die Polizei an

Frankfurt a. M., 17. Dezember. Bei den Erwerbslosen Demonstrationen am Montag, die sich bis gegen Mitternacht fortzogen, kam es zu Zusammenstoßen mit der Polizei. Die Demonstranten griffen die Polizei an und erzwangen ein Steinbombardement auf diese, wobei zwei Polizeibeamte verletzt wurden. Für Dienstag während der Stadtratsversammlung, die über die Winterbeihilfe beraten soll, hat die AFD die Erwerbslosen abermals zu Massenemonstrationen aufgerufen, um ihren nur zu beschleunigenden Herabsetzung Nachdruck zu verleihen. Wir werden darüber weiter berichten.

60 neue Opfer der Bergbauhünen

London, 18. Dezember. Bei dem Bergwerksunglück in Mc Miller (Missouri) sind 60 Bergleute, die verunglückt waren, nunmehr als Leichen gefunden worden. Es wird erklärt, daß fast alle den Grubenengeln erlegen sind.

Die Genossen vom flachen Lande geben das Signal

zum Gegenstoß gegen die demagogische falsche Volksentscheidungsfrage. Auf dem Stande macht sich der Faschismus besonders breit. Um so entscheidender ist die Aktivität unserer Genossen im antifaschistischen Kampfe und im Kampfe gegen den Young-Plan.

„Unterließ uns in unserem inneren Kampf“, schreiben die ländlichen Ortsgruppen der Bezirksleitung — „und gebt uns Waffen“

zur Aufführung der Landarbeiter und Kleinbauern in die Hand. Schickt uns Agitationsmaterial!“

Die Ortsgruppe C l ü d e n im Kreise S c h w e i n i g schreibt der Bezirksleitung zum Beispiel: „Schickt uns so fort eine größere Anzahl von der Broschüre gegen die Nazis und von der Broschüre über den Young-Plan. Wir brauchen sie unbedingt noch vor dem Volksentscheid.“

Diese Besorgnis, diese Kampfbereitschaft müssen die Parteigenossen in allen Orten an den Tag legen. Alle Parteiortsgruppen müssen auch jetzt noch Tag für Tag Stellung an auf die Broschüren aufgeben. Am Sonntag muß jeder Genosse mit diesen Broschüren ausgestattet sein. Schickt am Sonntag in jeder Landarbeiterhütte und in jeder Volkshütte hinter das Wohnhaus eine Aufführung über die fiesche Demagogie der Faschisten. Heraus

zum Kampf gegen den faschistischen Volksentscheidsschwindel

Vom Sklarek-Ausschuß

Direktor Schmidts Belands und Belge

Vor dem Sklarek-Ausschuß wurde am Dienstag der Stadtdirektor Schmidt vernommen. Der Stadtkämmerer Lange und die Stadtratsmitglieder W i h l m a n n (Soz) und R o s e n b o l d (Dem.) waren zugegen. Der intime Sklarek-Freund S c h m i d t hatte alles klar gemacht. Die von der Stadtkasse bezogenen Gelder sind einmal besonders für Kredite einzusetzen. Stadtratsmitglieder haben sich die Kreditwürdigkeit der Sklarek außerordentlich lobend beurteilt. Daß die Sklarek-Rechnungen nicht im Original, sondern in Kopien geprüft wurden, will er erst später dem Direktor Sklarek erläutern haben, ebenso daß die Sklarek schon seit längerer Zeit die Kreditunterlagen falschen und Fälschungen auf Vollmacht unter Angabe von Bezirksleitern als Vorhanden lieferten.

Zu seinem gesellschaftlichen Verkehr mit den Sklarek erklärt Schmidt: Der Verkehr sei nicht „freundschaftlich“ und „persönlich“ gewesen.

Schließlich seien bis zwölfmal habe er das Wohnende im Sklarek'schen Jagdhause zu Waren geleist.

Die von Sklarek bezogenen Gelder und Belge seien von ihm zu angemessenen Preisen bezahlt worden. Entschieden bestritt er auch, daß er ein Geheimkonto unter dem Namen S c h m i d t bei den Sklarek geführt habe. Er habe zwar einige Tausend Mark gewettet, dies waren aber aus weiteren. Als er seine Villa in Kieditzstraße im Oktober 1928 habe, habe er wie von vielen Freunden auch von Sklarek ein Geschenk, ein kleines Kabinett, erhalten.

Schmidt schob alle Verantwortung für die gefälschten Kreditunterlagen dem Leiter des Kreditkontrollbüros G r ö b e r u. u. Auf Fragen nach den Umständen der Sklarek erklärt er, daß sie schon seit Jahren große Umsätze mit dem Reichsbanner erzielten, dessen Uniformierung ihnen für das ganze Reich übertragen war.

In der weiteren Befragung hat Schmidt zu, einen Gehalts, einen Sportplatz und einen Damenzweig für seine Frau von den Sklarek bezogen und bezahlt zu haben. 30 dem vierwöchigen Sommeraufenthalte mit seiner Familie in der Sklarek-Villa zu Waren erklärte Schmidt.

daß er dafür den Sklarek eine Cashübingung zahlen wollte, was er jedoch nicht mehr bekommen lie.

Genosse O s u a nahm den Stadtdirektor Schmidt ins Verhör. Dabei wurde Schmidt zugeben, daß er niemals bei den Bezirksleitern Nachfrage über die angeblichen Sklarek-Vorfälle gemacht hat. Die Sklarek-Briefe hätte er mit dem Kämmerer eingehend durchgesehen. Er hätte aber keine Bedenken gehabt und so habe sich der Stadtkassenleiter nicht den Kopf zerbrechen brauchen. Diese Aussage wurde sofort SPD-Mitgliedern zu einer Entlassungsoffensive für sich aus. Wenn die Direktion so unehrlich sei, so könne man da dem ehrenamtlich Tätigen einen Vorwurf machen. (Beifall.)

Bei Abschluß des Berichtes dauert die Vernehmung noch an.

Erhöhung der Industriezölle

wird durch die „linke“ Sozialdemokratin Toni Sender begründet (Eig. Ber.) Berlin, 17. Dezember.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages behandelte am Dienstagvormittag die im neuen Zollgesetz vorgezeichneten Erhöhungen für Industriezölle. Die Kommunisten hatten einen Antrag auf Zollfreiheit für alle Schutzwaren, im Falle der Ablehnung auf Wiederbestimmung des im alten Zolltarif enthaltenen Zollfußes. Der erste Antrag wurde von sämtlichen Parteien einstimmig für die SPD. abgelehnt.

Bei der Behandlung der Aluminiumzölle trat die Sozialdemokratie offen für die neuen Zollfüße der Regierung ein. Ausgesprochen hat die „linke“ Toni Sender begründete das Eintreten der Sozialdemokratie für den Zolltarif. Als das Zentrum eine Erhöhung des Zolls für Aluminium von 20 Prozent auf 22 Mark beantragte, war es ausgesprochen Frau Sender, die im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion gegen diesen Erhöhungsantrag des Zentrums Sturm lief. Die Sozialdemokratie übertrumpfte also noch das Zentrum an Bewilligungsfreudigkeit der Zollfrage.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion ergäßen Genosse Goernle und Genosse Schroeter mit dieser Forderung aus Sie wiesen nach, daß die gewaltige Arbeitslosigkeit in der Schiffsindustrie im wesentlichen die Folge der kapitalistischen Rationalisierung und der unangehörigen Reorganisation breiterer arbeitender Massen in Deutschland ist.

Das wertvolle Töhl muß alles zahlen

Der Vantörte an die Stadt Berlin, den man jetzt herauszuschlagen hofft, soll 45 Millionen Mark betragen. Die Sicherung des Darlehns soll durch die Tarifserhöhungen erfolgen, über die wir bereits gestern berichteten. Wer also hat den ganzen Schwindel wieder zu bezahlen? Nur die letzten Arbeiter. Bei diesem Volk tritt die Ausweitung der Volkswirtschaft besonders deutlich zu Tage. Denn die Rückzahlung dieses Darlehns soll in neun Monatsraten von je fünf Millionen Mark aus dem Erlös der Tarifserhöhungen in Erfüllung gehen. Darum sollen diese Erhöhungen bereits am 1. Januar in Kraft treten.

Sturm in der Berliner SPD.

Die „rote Fahne“ vom 15. Dezember ist, wie schon so oft in den letzten Monaten, in der Lage, einen ausführlichen Bericht zu geben über die täglich stattfindenden sozialdemokratischen Berliner Kreismitgliederversammlungen. Welchen Kurs die SPD. schon einschlagen darf, darüber ließ sich in der Reichstagsbesprechung Mitgliedererklärung am flachen ein gewisser S c h e n e r, der in seiner Rede ganz offen die

Konkordie mit den Sozialdemokraten forderte. Er sagte:

„Ein Zusammengehen mit der SPD. läme nicht in Frage und man müßte wohl oder übel (?) auch mit den Sozialdemokraten auf republikanischer Grundlage (!!) zusammen arbeiten (!!)“

In der Charlottenburger Versammlung führte der Redner aus: „Man muß den Grundlag betonen, daß Religion Privatangelegenheit ist, uns (!) geht die Religion eines Menschen nichts an.“ Viktor Schiff von der „Vorwärts“-Redaktion erklärte, daß „ein Mann wie Seering sich heute nicht absolut weigert, aus der Kirche auszutreten.“

Der „Vorwärts“, der aus mehrheitlich Berichte über diese Mitgliederversammlungen veröffentlicht, hat besonders Gegenstand scharfer Oppositionen. Ein Disziplinierungsbericht führte in der Versammlung Berlin-Mitte aus:

„Der „Vorwärts“ nimmt oft eine Haltung ein, die dem Arbeiter unverständlich ist. „Arbeiterfragen werden im „Vorwärts“ faum noch behandelt. Die „rote Fahne“ schreibt doch wenigstens für die Arbeiter.“

„Wenn das so weiter geht, wird die SPD. die stärkste Partei.“

Lehrlich waren die Ausführungen der SPD. Mitglieder Kreises (Kreuzberg). Mit den Zwillingen der „Kommunisten“ verurteilte man die Kritik der Arbeiter über die Parteimitglieder, die in den Betrieben für ihre Parteimitglieder jollen, sind pflichtmäßig und folgen mit der Reaktion der Disziplinierungsbescheid aus.“

„Die Niederlage der Partei ist verdient. Wer, wie gegen den moralischen Tiefstand der Partei hat, muß so weiter geht, ist die SPD. bei den nächsten Wahlen die Partei. Der Ausfall der Wahl ist ein Urteil der Reaktion über die Parteimitglieder, die in den Betrieben für ihre Parteimitglieder jollen, sind pflichtmäßig und folgen mit der Reaktion der Disziplinierungsbescheid aus.“

Gegen die korrupte Führung wandten sich in lehrlicher Ausführung die Arbeiter, die mit Recht betonten, daß die Partei auf dem richtigen Stande ist, wenn sie in feineren Betrieben mit der Arbeiterkraft stehen.

Diese Ausführungen sind ein Zeichen dafür, daß sich die Parteimitglieder nicht mehr so früher mit dem Verhalten der Partei abfinden und bedrückt nach Hause gehen. Es ist aber notwendig, daß der letzte ehrlich denkende Arbeiter die Reaktion der Partei die Mehrheit der Berliner Arbeiterkraft bereits gewonnen hat, die die Partei auf dem richtigen Stande ist, wenn sie in feineren Betrieben mit der Arbeiterkraft stehen.

Heraus aus der SPD! hinein in die SPD!

Der erste Paragraph durchgepeitscht

(Eig. Draht.) Berlin, 18. Dezember.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm gestern den § 1 des neuen Republikstrafgesetzes gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten an. In Zukunft soll mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten, in schweren Fällen sogar mit Zuchthaus bestraft werden, wer einer Verleumdung oder Verleumdung an sich selbst oder an anderen durch die Verbreitung von falschen Nachrichten nach einmal auf die Kaufkraftbegriffe dieses Paragraphen hingewiesen. Die Sozialdemokraten schwiegen. Herr Rosenfeld und Herr Landsberg äußerten nur, als die Kommunisten Anträge gegen das Ausnahmestück erhoben. Nur einmal sprach Herr Landsberg als es galt, einen auf die Mundstomatologie der Minderheit im Ausschuss gerichteten Antrag des Vorliegenden Wahl zur Zustimmung zu bringen und durchzuführen. Nur 20 Minuten soll in Zukunft unter grundsätzlicher Mißachtung aller Redefreiheit, auf die sich die Herren Landtagsmitglieder, die Herren Landsberg und Rosenfeld so gern berufen, jede Fraktion zu jedem Paragraphen sprechen dürfen.

Deutsche Regierung finanziert Rußland-Hehe

Sechs Millionen Reichsmark für die ausgewanderten Russen (Eig. Bericht.) Berlin, 17. Dezember.

Im Hauptsaal des Reichstages fand am Dienstag die Regierungsvorlesung zum sechs Millionen Mark zur Verwendung für die deutschstämmigen Rußland-Auswanderer zur Debatte. Der Kommunist K e u b e n e r wies als erster Redner auf die Hintergründe der Aktion „Russen in Ruß“ hin. Vor den Wahlen am 17. November, die in Preußen und Sachsen stattfanden, brachten die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten eine zugriffene Wahlparole gegen die Kommunisten.

Reichsinnenminister Seering und Reichsfinanzminister Stülcken verteidigten den Antisozialdemokratismus über die Not der ausgewanderten Deutschen. Ihnen trat Genosse K e u b e n e r energisch entgegen. Dabei verwies er auf den Bericht des deutschen Volksherrn, worin dieser die deutsche Regierung auffordert, endlich Schluß mit den Sympathien gegenüber den Auswanderungsflüchtigen zu machen. Wenn nunmehr die Regierung sechs Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler ergreifen will, um den Antisozialdemokratismus noch zu befestigen, so beweist das klar, daß auch die deutsche Regierung an diesem Schwindel direkt interessiert ist. Die Steuerzahler sollen nur die Wahlpropaganda der bürgerlichen und insbesondere der Sozialdemokratischen Partei bezahlen.

Neibercein unter den Volksentscheidern

In einer Versammlung des falschlichen falschlichen Genossenschaftes sprach am Sonntag in München wieder einmal S c h e n e r. Er wandte sich gegen die beherrschenden Arbeiterführer und sprach ihnen die Fähigkeit ab, den Kampf gegen die „bolsewistisch-marxistische



So will es Mussolini Die deutschen Faschisten verzichten auf die Propaganda für die Verbreitung Südtirols, weil Mussolini es verlangt. Solche Forderungen sind gefahrlos in allen Fragen aus.

Methoden“ zu führen. Sie könnten nicht den Kampf gegen die Faschisten, wie die Bolschewisten, diese vollstänig durchzuführen, reichlich bestehen. So betämpfen sich die Volksentscheidsmänner unter sich. Einig sind sie aber alle gegen den „Bolschewismus“, der die ganze, um ihre Befreiung kämpfende Arbeiterkraft, diese Soldaten auch gebären mögen, müssen sie in jedem Fall die Partei genommen werden. Insbesondere ihr „Bolschewismus“ Sonntag muß zu Wasser gemacht werden.

Sozialdemokraten mit auswechselbarem Bol

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Keil hat Montag vor den Berliner sozialdemokratischen Fraktionen Rede zur Finanzreform. In dieser Rede behauptete er, daß die Partei zwar ein tüchtiger Mann sei, aber von seinen Staatsfeinden mit der Finanzreform über e r n e u t wurde. In der Dienstversammlung der Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erklärte der Reichstagsabgeordnete Keil, daß die gesamte sozialdemokratische Partei die Finanzreform für den Finanzplan der Regierung für unannehmbar erklärte. Wie fragen die sozialdemokratischen Fraktionen: „Wer ist jetzt der Heberumpel? Und wer sind die Reberumpel?“

Aktive Außenhandelsbilanz der 1934.

Der Außenhandelsbilanz der Comptenation über die europäische Grenze betrug in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres 277 Millionen Rubel gegen 233 Millionen im gleichen Zeit des Vorjahres. Der Wert der Einfuhr betrug 113 Millionen Rubel, die der Ausfuhr 164 Millionen Rubel. Die Bilanz dieses Jahres weist ein Plus von 10 Millionen Rubel gegenüber einem Plus von 5 Millionen Rubel im gleichen Zeit des Vorjahres auf.

300 Jahre Kerter

Die Strafkammer des Solinger Gerichtshofes verurteilte heute Urteil in dem Prozeß gegen 82 Kommunisten, die durch Gefängnis zum Schutze des Staates angeordnet waren. Die beschuldigten, Miladen Stapanoff, Anto Panoff und Zdena Schöff, wurden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine weitere Gefängnisstrafe von 15 Jahren Zuchthaus wurde für die Gefängnisstrafe von 3 bis zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Gefängnisstrafe von 1 bis zu 12 Jahren Zuchthaus wurde für die Gefängnisstrafe von 1 bis zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Gefängnisstrafe von 1 bis zu 12 Jahren Zuchthaus wurde für die Gefängnisstrafe von 1 bis zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Einzig politischer Wahlbewerber

gegen den Volksentscheid sprach sich die eigenhändig in Wahltagende Führerkonferenz der Wirtschaftspartei aus.

Nur den Bürgerentscheid werden nur 21% Millionen Stimmen nötig sein, wenn er durchgehen soll. Die Erfolgschancen sind also bereits ganz sicher.

Die Rückzahlung von 2000 Zertifikatskassen wurde von den getrennten Teilfirmen des Altkasses (Ettlingen) am Ende Dezember gefordert.

Dr. Abenauer wurde wieder Kölner Bürgermeister mit knappem Stimmserhältnis von 47 gegen 45.

Beim Einzug einer Mauer wurden in Kattowitz zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Durch Entweichen eines beladenen Juges im Bahndamm Starbform (Kattowitz) wurden zwei Arbeiter überfahren und tötet.

Ein schwerer Einzug ereignete sich auf dem Bergwerk in S. africa. Drei Bergleute wurden von Gesteinsfallsteinen erschlagen und 21 verletzt.

120.000 Angestellte der Baumwoll- und Textilindustrie amerikanischer Spinnereien werden zu Weihnachten eine volle Woche feierlich anfangen wie bisher zwei Tage. Das ist die andere Seite von Amerika.

Alonso de Rivera, der spanische Diktator, hat in der jetzt gegebenen Erklärung angekündigt, daß er die Regierung der spanischen Republik nicht anerkennen wird. Er hat die spanische Regierung internationalen Unterstützung und er hat sein Diktat.

Bei der Festlegung der Dorfgränze zwischen Santa Ines und Santa Maria in Mexiko kam es zu einem schweren Zufall. Bei dem 18 Verlorenen getötet und sechs verwundet wurden.

Eine Sprengung in einem Steinbruch bei St. (Carnarvonshire) lösten sich Felsmassen im Gewicht von mehreren Tausendern und erschlugen drei Arbeiter.

Der Präsident der ukrainischen Akademie der Wissenschaften, Sobolow, ist im Alter von 63 Jahren an einer Lungenerkrankung gestorben.

Ein „Institut zur Verlängerung des Lebens“ wurde in Comptonville gegründet. In dem Institut sind das Gesundheitsministerium und die Drogens der Sozialversicherung beteiligt.

Stadt Halle

18. Dezember 1929.

„Hundewetter“ Das Gleis als „Fuhweg“

Gestern war der erste richtige Schneefall zu verzeichnen. Schon in den Vormittagsstunden legte sich ein dichter Flockenfall ein, während sich am frühen Nachmittag und am Abend ein gewaltiger Sturmwind mit Schneegüssen einsetzte. Es war kein schönes Gefühl, als der erste Wind einem die schnell wieder verfallenden Schneeflocken ins Gesicht blies. Den Koffern hochgehalten, die Hände tief in die Taschen vergraben und mit einem grimmiigen Blick über dieses „Hundewetter“ auf der Rippen, mühte man sich gehend durch den aufgewickelten, teilweise sogar löchlichen Boden vorwärts zu arbeiten. Denn der Magistrat gibt sich so gut wie seine Mühe um feste, passierbare Wege für die Fußgänger, nur allem an der Peripherie der Stadt zu schaffen. Im neuen Südwestviertel sind hier die Fußgänger dazu übergegangen, das Gleis der Eisenbahn als Fußweg zu benutzen um von der Endstation der Linie 6 nach der Straße Gehweg zu gelangen. Der neben dem Gleis laufende „Fuhweg“ ist für den Fußgänger ungewiss, daß hier bald kein Mensch mehr vorwärtskommen kann. Doch mit der Benutzung des Fuhweges als Fußweg mangelte schwere Gefahren für die Fußgänger verbunden sind, scheint unter Magistrat nicht zu sehen. Das sind Zustände, die an das Mittelalter erinnern. Aber die Stadt Halle will als „Großstadt“ eben auch ihre „Originalität“ aufweisen können.

Während der Nacht setzte der erste Frost ein. Der Boden war gefroren und die Füßen mit einer blauen Erbsenfarbe gefärbt. Während der wachsenden Bürger das eintretende Frostwetter im Vorgefühl der bevorstehenden Winterfreuden begrüßt, beginnt für die Erwerbslosen und die Streckenarbeiter der Stadt eine schwere Zeit. Der Frost ist der gefährlichste Feind der notleidenden Bevölkerung, der der Mangel an Heizmaterial und warmer Kleidung beiträgt.

Verlufte Kindesfindung

So lautet die Anfrage des halleischen Schöwiggerichts gegen einen jungen Arbeiter, der mit einem jungen Mädchen aus Wolpertshagen verlobt war. Das Kind des Verlobten entsprang ein Kind, und die jungen Leute wollten bald nach seiner Geburt ein Kind, und die Schöwigger unter dem Namen. Es hieß wegen der Verlobung Schöwigger. Die Mutter des Kindes war im Jahre 1926 ein Schwedischer erlitten hatte, nach dem sie ihm eine nervöse Erkrankung zurückgelassen war. Er legte sich auf den Rücken und erkrankte an dem Tag und machte auch auf der Anklagebank den Eindruck von einem Menschen, der über allerlei Zusammenhänge nachdenkt, aber mit dem Fragen des Lebens überhaupt nicht fertig wird. Das äußerte sich nicht in Heftigkeit, sondern eher in einer zarten Verlegenheit, mit der er Probleme löste und komplizierte, die einer mit gesundem Menschenverstand leicht einfach beantwortete. Er hatte kein Geld, auch niemand, der den jungen Mutter keine Klagen lauschte, machte, ihm den Weg zeigte, den er von seinem Standpunkt als Proletarier aus zu gehen hatte.

Das heimtückisch familiäre bei seinen unzufriedenen Schöwigger Eltern ließ ihn ab, aber kein „Ausweg“ war nur: „Am besten, man hängt sich auf“, aber „man läßt sich verhaften und führt sich im Gefängnis auf“, nachher kann man ein neues Leben anfangen“. Diese Redensarten wurden dann immer noch unterirdischen von Mäusen gegen sein Kind. Wegen einer auf Befehl seiner Schöwigger Eltern. Er findet aber kein Logis und kommt wieder zurück zurück. Das ist am 26. Juli dieses Jahres. Dann geht er noch einmal in die Wohnung,

nimmt das Kind aus dem Wagen, und nachdem er seine Braut an sich gebunden hat, wirft er das Kind in Weiteferde an die Waand.

Dann springt er aus dem Fenster und verschwindet in einem Feld. Das Kind ist bewußtlos, aber vollkommen unversehrt geblieben. Der als Sachverständige auftretende Arzt erklärt, er freue sich, daß sich das Kind normal wie andere Kinder entwickelt habe. Der Arbeiter, bei Besetzung der Tat noch nicht zwanzigjährig, wird verhaftet und sitzt fünf Monate in Untersuchung. In der Hauptverhandlung geht es alles ein. Er habe das Kind aber nicht töten wollen und weiß nicht mehr, was ihm zu seinem Tun führte. Aber der 8. 1. der verminderten Zurechnungsfähigkeit wird ihm nicht zugestanden. Ein Kreisarzt erklärt, vorzeitig und ideenarm, warum das nicht in Frage käme. Der Staatsanwalt führt sich auf die Aussage, gibt aber selbst zu, daß der Schwedischer noch auf diesen Menschen eingewirkt haben müßte und daß man einen so jungen Menschen nicht ins Zuchthaus stecken könne.

„wo er für die Menschheit viel immer verloren wäre“.

Ein interessantes Eingekleidungs von einem Staatsanwalt über das Wesen derjenigen Einrichtungen, die doch eigentlich zum „Bessern der Verbrecher“ da sein sollen. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren.

Die Gefängnisse erlangen wegen gefährlicher Körperverletzung auf eine neunmonatige Gefängnisstrafe, der Verurteilung der Unterlassung. Der Verurteilte bittet an, daß mit diesem Urteil werden die Urkunden der Tat nicht befristet.

Karambolagen des Verkehrs

Gestern gegen 11.30 Uhr stießen an der Ecke Königstraße und Landwehrstraße ein Personkraftwagen und ein Verkehrswagen zusammen. Am Verkehrswagen zerbrach die Dampfkessel. Personen wurden nicht verletzt. — Gegen 15.15 Uhr stießen an der Ecke Große Sternstraße ein Personkraftwagen und ein Verkehrswagen zusammen. Die Personkraftwagen wurden leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. — Am 14.12. Uhr stießen an der Ecke Große Sternstraße und Sternstraße ein Personkraftwagen und ein Lastkraftwagen zusammen. Der Personkraftwagen wurde leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Massenkundgebung

Freitag, den 20. Dez., abends 8 Uhr im „Wintergarten“
Gegen den räuberischen Young-Plan — Der Volksentscheidstrag Reichstagsabgeordneter Wilhelm Koenen, Berlin, spricht! Der sozialistische Aufbau in Sowjet-Rußland!
Im Neuen-Werk Explosionsgefahr!
Walter Höpne, Raumburg, Mitgl. der russ. Chemiedellegation
KPD, Halle Osten-Süd — Antifaschistischer Arbeiterjugendrat
Komitee der Angehörigen — Betriebsratsvorsitzender

Das Stadtparlament muß sofort zusammentreten

Wir fordern Brot und Arbeit!

Die kommunistische Stadterordnetenaktion unterbreitet dem Magistrat die Forderungen halleischen Arbeiter, der Erwerbslosen und freilebenden Ausgeheuernten

Die in einer Reihe öffentlicher Kundgebungen, Versammlungen, sowie Versammlungen der Erwerbslosen der freilebenden Zwangsarbeiter, der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der letzten Zeit in Halle zur Verwirklichung von Maßnahmen zum Zweck der Beseitigung der ungenutzten Kapazität der wertvollen Massen, hat sich die kommunistische Stadterordnetenaktion in eigenem Namen und dem Magistrat in Verbindung mit der Forderung auf sofortigen Zusammentritt des Stadtparlaments unterbreitet. Trotzdem mit einer ganzen Anzahl von Städten auf Grund des Bestehens der Kommunistischen Stadterordnetenaktionen nicht verbunden haben und unter dem Druck der Demonstrationen, die in der letzten Zeit in Halle zur Verwirklichung von Maßnahmen zum Zweck der Beseitigung der ungenutzten Kapazität der wertvollen Massen, hat sich die kommunistische Stadterordnetenaktion in eigenem Namen und dem Magistrat in Verbindung mit der Forderung auf sofortigen Zusammentritt des Stadtparlaments unterbreitet. Trotzdem mit einer ganzen Anzahl von Städten auf Grund des Bestehens der Kommunistischen Stadterordnetenaktionen nicht verbunden haben und unter dem Druck der Demonstrationen, die in der letzten Zeit in Halle zur Verwirklichung von Maßnahmen zum Zweck der Beseitigung der ungenutzten Kapazität der wertvollen Massen, hat sich die kommunistische Stadterordnetenaktion in eigenem Namen und dem Magistrat in Verbindung mit der Forderung auf sofortigen Zusammentritt des Stadtparlaments unterbreitet.

Diese Forderungen sind:

1. Die halleische Sozialdemokratie denkt nicht im entferntesten daran, die Forderungen der halleischen Arbeiter, Erwerbslosen usw. auch nur in ihrer Presse zu erwähnen, geschweige denn etwas zu tun, um eine Einberufung des Stadtparlaments zu ermöglichen. Die SPD hat für die Erwerbslosen nichts übrig und sie würde ihre Anträge auch plattweg ablehnen. Die halleischen Arbeiter und Erwerbslosen würden die erbärmliche Haltung der SPD nicht vergessen und dieser Vertreterpartei reflexlos den Rücken kehren.

Die hier wiedererhobenen Forderungen sowie der Vorstoß der kommunistischen Stadterordnetenaktion zur Einberufung des Stadtparlaments, müßte noch in diesen Tagen durch entschlossenes Auftreten der Arbeitermassen mit allen Kräften unterstützt werden.

Halle, den 16. Dezember 1929.

Für die halleischen Arbeiter

Der Magistrat wird ersucht, sofort das neugewählte Stadtparlament zusammenzubekommen, damit es seine Arbeit aufnehmen kann. Trivialität mit unserer Forderung durch folgende Anträge, die noch vor Weihnachten im Interesse der halleischen Bevölkerung erledigt werden müssen:

Für die Erwerbslosen

1. Antrag der Erwerbslosenversammlung vom 9. Dezember an die Stadterordnetenversammlung betreffs Winterbeihilfe: Allen Unterhaltungsempfängern (Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern) sollte Schmerzensgeld als Beihilfe für die angestrichen der jährl. Winterbeihilfe zu gewähren.
2. Die Stadterordnetenversammlung beschließt daher: Der Magistrat wird ersucht, den Unterhaltungsempfängern sofort eine Winterbeihilfe nach folgenden Grundbegriffen auszugeben:
 - a) für die Einzelperson 30 Mk.,
 - b) für ein Ehepaar 50 Mk.,
 - c) für jedes Kind 10 Mk. Zuschuß.
 Darüber hinaus:
 - a) Erlass der Haussteuer für alle Erwerbslosen.
 - b) Unentgeltliche Abgabe von Brennmaterialien, ermäßigte Preise für die Erwerbslosen.
 - c) Unentgeltliche Lieferung von Lernmitteln und Milch an die Kinder der Erwerbslosen.
3. Anerkennung des Erwerbslosenanspruches als Vertreter der Erwerbslosen in allen Angelegenheiten auf dem Wohlfahrtsamt.

1. Wiederholung aller Rückschlüsse der Erwerbslosen-Versammlungen.
2. Schaffung eines Arbeitsprogramms zur Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsbetrieben.
3. Alle Mittel für Schulpolitik, Schulbau, städtische und nähere Vereine werden gespart und die freizubehaltenden für die Erwerbslosen verwandt.
4. Befreiung der Arbeiterfamilie, Einstellung der Erwerbslosen als Arbeiter bei der Stadterordnetenaktion.

Für die halleischen Arbeiter

1. Bewilligung einer Winterbeihilfe für die halleischen Arbeiter.
2. Die halleischen Arbeiter fordern den Magistrat der Stadt Halle folgende Forderungen:
 1. Unverzügliche Wiederholung der aus dem Winterbeihilfe des vergangenen Jahres noch immer laufenden Abgabe von 1 Mark wöchentlich.
 2. Die Auszahlung einer einmaligen Winterbeihilfe in Höhe von 40 Mark für alle halleischen Arbeiter nach der Weihnachtsfeier.
 3. Die kommunistische Stadterordnetenaktion macht die Forderungen der Arbeiter der halleischen Gewerkschaften ihren eigenen.

Für die freilebenden Zwangsarbeiter

1. Bewilligung der Forderung der freilebenden Zwangsarbeiter im Döberitz als in der Arbeit.
2. Auf Grund der ungenutzten Kapazität der halleischen Arbeiter in Döberitz sind die ausstehenden Erwerbslosen am Dienstag, dem 10. Dezember, in den Streit um die am 13. Dezember stattfindenden Streikverhandlungen mitbestimmen beschlossen, dem Magistrat folgende Forderungen unterbreiten:
 1. Befreiung der Zwangsarbeiter.
 2. Vereinfachung der Arbeit auf tarifmäßigen Löhnen.
 3. Auszahlung der Unterhaltung auf für die Erträge.
 4. Entlassung des Oberinspektors Windau und des Hauptwächters.

Gegen die Auszubereitungsstellen der Auktionsspolitik

4. Der zwischen Deutschland und den anderen imperialistischen Mächten aufgestellten Young-Plan ist ein nationaler internationaler Auszubereitungsstellen der wertvolle Schritt auf der Grundlage des Young-Planes hat die deutsche Regierung unter dem Druck des Finanzkapitals das Sofortprogramm aufgestellt, das neben einer ungeheuren Wertschöpfung der wertvollen Massen Deutschlands bei gleichzeitiger Entwertung für die Weltkassen, sich auch auf die Finanzierung der Kommunen auswirken wird. Die Kommunen zur Folge haben wird. Das Resultat ist die Auktionsspolitik der freilebenden Zwangsarbeiter gegen alle diese Pläne des Finanzkapitals niederschlagen werden soll. Aus diesem Grunde muß die Stadterordnetenversammlung zusammenkommen und nur der Beschäftigung im Neuland diese Pläne Protest erheben.

Die kommunistische Stadterordnetenaktion

Wieder eine neue Bluttat in Halle

Ein 17-jähriges Mädchen von ihrem Geliebten erschossen — Drei Mordtaten in einer Woche

Gestern nachmittags gegen 2 Uhr erschoss im Treppenhause des Grundrüdts Königstraße 62 der 24 Jahre alte Kaufmann Erich Zahn an Halle die 17jährige Hausangestellte Ida Moser. — Die Ursache zu der Tat ist ein Liebesverhältnis, das von den Eltern des Mädchens nicht gebilligt wurde und dessen Auflösung sie verlangten. Der Mörder wurde kurz darauf an dem Hauptbahnhof verhaftet.

Zahn hatte seine Braut im Hause erwartet, um sich mit ihr auszusprechen. Nach einem Meinungswechsel hat Zahn beim Hintertreppchen auf der Treppe das Mädchen mit mehreren Revolvergeschüssen getötet. Die Leiche zeigte vier Einschläge. Es heißt, hat Zahn den Vater des Mädchens, der von der Arbeit in Weuna am Nachmittag zurückgekehrt war, am Bahnhof erwarten wollen, um ihn ebenfalls zu erschießen.

Wie wir dazu weiter in Erfahrung bringen konnten, handelt es sich bei dem gleichfalls jungen Mann um den Sohn des halleischen Friesen- und Meißner Zahn aus der Bahnhofstraße. Der Vater des Mädchens ist ein berühmter Stahlhändler. Erich Zahn wird von den Leuten, die ihn näher kennen, als ein ziemlich romantischer und etwas affektierter junger Mann geachtet. Zahn hat sich gestern mit seinem Motorrad nach dem Königshagen begeben und wollte nach der Tat ebenfalls mit dem Rade entweichen. Da der Motor nicht sofort anbrach, konnte ein herbeieilendes Lieferkommando dem Flüchtenden Fährte bis in die Gegend der Zuckerraffinerie (?) verfolgen. Zahn stellte sich später freiwillig auf der Bahnhofswache.

Die üblichen Schiffe gegen das junge Mädchen wurden auf dem ersten Treppenhause, der zu der Wohnung führt, abgefeuert, als gegeben. Der Täter ist an die Wache vor zwei Jahren von einer auswärtigen Firma bezogen zu haben.

Er hatte die Wache bereits am Montagvormittag eingeleitet, angeblich mit der Absicht, sich selbst zu erschießen.

Zahn ist am Dienstagmorgen nach dem Grundrüdts Königstraße 62 gegangen, um sich mit der Mutter nochmals über ihr Verhältnis auszusprechen. Er hat vorläufig auf das Mädchen gemartet. Als das selbe kurz darauf die Wohnung verließ, um von einem in der Nähe stehenden Milchwagen Milch zu holen, ist ihr der Wartende bei ihrer Rückkehr auf der halben Treppe entgegengetreten. Die Tat scheint nach einem heftigen Wortwechsel trotz der Hochzeitsfeier (er hatte Ida Moser im Jahre seit einiger Zeit in der Tat) in einem Zustand der höchsten Erregung begangen zu sein. Die Frage bleibt allerdings offen, aus welchen Gründen die Eltern der Ida Moser gegen das Verhältnis mit Zahn eingeklagt waren. Willkürlich sind auch die Vorwürfe falscher bürgerlicher Erziehung die Voraussetzungen und die Ursachen gewesen, die zur

blühigen Katastrophe führten und ein junges Menschenleben nichteten.

Das ist nun bereits der dritte Mordfall, der in innerhalla einer Woche passierte.

Der Mord im Trothaer Hain

ist noch immer in Dunkel gehüllt, das nur durch Vermutungen ein wenig erhellt wird. Die Leiche Bauers konnte nach einer Stunde nicht gefunden werden, obgleich erfahrene Leute der Stadt seit Sonnabend auf das sorgfältigste suchten. Der ersten Annahme, daß es sich um Raubmord handelt, ist jetzt zweite Annahme getreten, wonach Giefersich der Mörder zum Mord sein soll. Diese Annahme wird gestützt durch die Angabe, daß der Schrei des Ermordeten und zwei Arbeiter geäußert waren, so daß man annehmen kann, daß der Mörder geäußert hatte, und während er diesen nach vorne beugte, auf den Rücken von seinem Schicksal erlitt wurde. Für die Annahme, daß der Raubmord vorliegt, spricht dagegen die Tatsache, daß der Mörder sofort verurteilt, nicht Opfer zu befehligen. Der Mörder wurde am Montag in Begleitung der Kriminalpolizei die Mordtate. Sie zeigte einen hohen Grad von Intelligenz, das Wesen, das zusammengeknüpft in der Bluttat lag, ist nicht als das eines Mannes an.

Schornsteinbrand. Gestern gegen 10.30 Uhr wurde die Feuer nach den Weingärten gerufen. Dort war ein Schornsteinbrand. Die Gefahr wurde in kurzer Zeit beseitigt.

Heraus zur Massen-Kundgebung

am Freitag, dem 20. Dezember 1929, 20 Uhr im „Volksklub“
Gegen räuberischen Young-Plan und faschistischen Volksentscheidstrag!
Referent: Landtagsabgeordneter Willi Kasper.
Eine rote Bombe gegen Hitler Hugenberg — Duesterberg!
Die „Roten Schmiede“ werden nochmals aufgeführt.
KRD, Norden, Zentrum, Südwesten, KVD, Erwerbslosen- und Betriebsratsausschuss, Antifaschistischer Junge Garde

Zerschlagt den Volksentscheidswindel des Nationalfaschismus!

Kampf gegen Young-Plan ist Klassenkampf gegen die deutsche Bourgeoisie ihre faschistischen Banden und sozialfaschistischen Lataien

Am 22. Dezember findet der Volksentscheid über das sogenannte „Freiheitsgesetz“ statt, von dem behauptet wird, daß es das deutsche Volk von den Fesseln des Young-Planes befreien soll.

Die Kampftruppen der Kapitalistenklasse — die national- und sozialfaschistischen Kampfbünde — Hitlerbewegungen und Stahlhelm auf der einen, Reichsbanner und SPD auf der anderen Seite — werden in vielen Tagen und Wochen alles aufbieten, um die arbeitenden Massen über den wahren Sinn der politischen Vorgänge zu täuschen. Hier „Nationale Front gegen Young-Plan und den Marxismus“ — der „Republikansozialistische Front gegen Faschismus und Reaktion“ für Frieden und Völkerverständigung“ — so oder ähnlich werden die Schwindelpropaganda von allen Seiten ertönen.

Aufgabe der Kommunisten und aller Klassenbewußten Arbeiter ist es, dafür zu sorgen, daß dieses Verwirrungsmanöver scheitert. Es darf keine Versammlung für oder gegen den Volksentscheid stattfinden, in der nicht der Standpunkt des revolutionären Proletariats, in der nicht die wahre Kampffront, die Front Klasse gegen Klasse aufgestellt wird.

Die ganze Bourgeoisie, vom jüdischen Bankkapital bis zur fremden national-arischen Scherindustrie, ist sich einig in der Verteilung um den Ausbau der kapitalistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse. Sie alle wollen den Young-Plan auf Kosten der arbeitenden Massen durchführen. Sozialfaschistische

daß die Reparationszahlungen, weil sie im Versailles Vertrag formal mit der Kriegsschuld Deutschlands begründet werden, auf diese Weise aus der Welt geschafft werden können.

Wie hoch es in Wahrheit mit der Kriegsschuld? Gemäß die Massen des deutschen Volkes, die die Reparationszahlungen tragen müssen, die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern und Mittelständler, sie haben diesen Krieg nicht gewollt und ihn nicht herbeigeführt. Ihre Schuld ist nur, daß sie die verdrängten Bande an der Spitze des Deutschen Reiches gebildet haben, die diesen Krieg angezettelt hat. Diese Bande von Schwerindustrie, Rüstungsindustrien, Kriegs- und Inflationsgewinnern, abgeleiteten Offizieren, Seiden der Kriegspresse, sowie formalen Führungskräften und von der Semblanz ausgehenden Führungskräften, das sind dieselben, die den Krieg verurteilten und an ihm verdient haben und die jetzt das Geschick gegen die „Kriegsschuldlinge“ erheben.

Wiederum ist es eine niederrichtige Lüge, wenn der Versailles Vertrag behauptet, daß die Kriegsschuldigen alle in Deutschland und in Österreich seien. Sie liegen genau so in den Direktionszimmern der Schwerindustrie, in den Generalstabs und Auswärtigen Ämtern Englands, Frankreichs, Amerikas, des zaristischen Rußland usw.

Wir Kommunisten, die mit von Anfang an den Versailles Vertrag ablehnten und bekämpften, müssen auch, daß die Kriegsschuldigen nur dann von den wertigen Massen anerkannt werden können, wenn die Kriegsschuldigen in allen Ländern rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden. Dazu hilft aber nicht ein papierenes Gesetz, das die Kriegsschuldige zurückweist. Solche formalen Entscheidungen haben schon Kammern wie Hindenburg, dem der Krieg wie eine Wadert besam, von sich gegeben. Um die wahren Kriegsschuldigen festzustellen und sie zur Verantwortung zu ziehen, braucht es solche Methoden, wie sie die Arbeiter und Bauern in Rußland angewandt, als sie die politische Macht eroberten, die Generalstab und Truppen jagen, alle Geheimdienste öffneten und die Kriegsverbrechen vor Revolutionsgerichte stellten.

Das russische Proletariat, das die eigenen Verluste und Kriegsverbrechen davongezogen hat, das hatte auch die Kraft, die Fesseln des ausländischen Imperialismus zu zerreißen. Das proletarische Rußland, die Sowjetunion, behält seine Kriegsschulden und Kriegsschuldungen an das Ausland, 30 Milliarden Jarenkredite werden restlos annulliert.

Wer gegen den Young-Plan ist, muß gegen Faschisten und Sozialfaschisten und Volksentscheidskampfen!

Kein denkender Mensch kann glauben, daß das, was das russische Volk durch die größte Revolution der Weltgeschichte erreicht hat, in Deutschland durch den Stimmzettel beim Volksentscheid erreicht werden kann. Die Drahtzieher des Volksentscheides sind sich auch darüber vollkommen klar.

Als der Außenminister Curtius dem Volksentscheidsmacher Hugenberg im Reichstag zehn Fragen vorlegte und um Antwort bat, welche Erleichterung der Lage durch die Abschaffung des Young-Planes mit papierenem Stimmzettel eintreten würde, da schämte der große „Führer der nationalen Front“ wie ein Durchfallskandidat beim Examen. In ihrer Presse bemühen sich die nationalen „Führer“ Hugenberg, daß der Doves-Plan besser wäre, als der Young-Plan. Sie ist bereitwillig, daß die Deutschnationalen die Frage so stellen, haben sie doch durch ihre Abstimmungen im Reichstag dem Doves-Plan vor Annahme verholfen. Für die Arbeiterklasse ist es eine müßige Streiftage, ob die deutsche Bourgeoisie mit dem internationalen Kapital bessere oder schlechtere Verhältnisse, wenn sie nach dem Doves-Plan 2 1/2 Milliarden um Übertragungsschuld, oder nach dem Young-Plan 2 Milliarden ohne Übertragungsschuld aus dem Wertigen für das internationale Kapital herausfindet.

Der wahre Zweck des Volksentscheides

Die Hugenberg, Stiller, Sedlitz wollen ganz genau, daß sie die 20 Millionen Stimmen für den Volksentscheid nicht aufbringen können. Die Gelöbter dieser Aktion denken gar nicht daran, den Young-Plan zu Fall zu bringen, und die Finanzmagazette, die dieses Unternehmen finanzieren, sitzen in Hunderten von Organisationen und Unternehmen in anderen europäischen, faschistischen und jüdischen Kapitalisten zusammen und entwerfen mit ihnen zusammen den Plan zur Durchführung des Young-Planes auf Kosten der arbeitenden Massen.

Anhänger und angebliche „Gegner“ des Young-Planes sind sich darüber einig, daß die Reparationsmilliarden durch die kapitalistische Nationalisierung, durch die Abschaffung der Reparationslast auf die Bevölkerung, durch einen neuen unerhörten Steuer-, Zoll- und Meldesteuer aus den wertigen Massen herausgeschunden werden muß.

Die Führer der nationalfaschistischen Front sehen voraus, daß die ungeheure Verelendung der arbeitenden Massen durch den Young-Plan zu einer gewissen Stelle der Massenbewegung führen muß. Es wollen durch ihren Volksentscheidswindel ihre Verantwortung für dieses Massensterben vor dem Volke verhehlen. Die Millionen Erwerbslosen, von denen Hunderttausende ohne jede Unterstützung leben werden, die Nationalisierungsspekter in den Betrieben, die hungernden Kriegs- und Sozialrentner mit gestrigen Pensionen, die ruinierter Kleinrentnerbetrieblenden und Kleinbauern, alle diese Opfer der Politik des deutschen und internationalen Finanzkapitals — sie alle sollen glauben, daß nur der Young-Plan, nur die Parteien, die für den Young-Plan offen eintreten, daß nur das ausländische und das „jüdische“ Kapital an dem Walfenend Schuld ist, sie alle sollen die Massen erheben, daß eine nationalfaschistische Diktatur das Young-Plan-Ende mildern würde.

Dieser demagogische Schwindel muß durchkreuzt werden. Jeder Arbeiter und jeder Werttätige muß begreifen: wer mit den nationalen Volksentscheidsparteien mitläuft, der hilft bei der herrschenden Klasse, den Young-Plan durch die kapitalistische Nationalisierung, durch die Ausbeutung der wertigen Massen durch die Finanzmagazette, durch faschistische Streikbrecheraktionen, Vertreibungsfaktionen und Terrorbanden durchzuführen, es genügt so schnell an dem Walfenend in Deutschland, wie die Sozialfaschisten und ihre Koalitionsgenossen von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten, die den Young-Plan annehmen und ihn mit den brutalsten, blutigsten, faschistischen Terrormethoden durchzuführen wollen.

Kampf gegen den Young-Plan ist Klassenkampf

Man kann nicht gegen den Young-Plan und die internationale faschistische Diktatur kämpfen, ohne zugleich gegen die Diktatur des deutschen Kapitals zu kämpfen. Das deutsche und internationale Kapital ist miteinander verbunden und verflochten, daß von jeder Wirt, die aus dem deutschen Arbeiter herausgehoben wird, mindestens zehn Fünftelle in Form von Reparationszahlungen, Zinsen und Dividenden an das internationale Kapital fließen. Diefelben Schwerindustriellen, die mit dem

Nicht so...



und nationalfaschistische Demagogen helfen der deutschen und internationalen Großbourgeoisie planmäßig, mit verschiedenen Methoden und politischen Manövern die Durchführung des verdrängten Young-Planes mit allen Mitteln der blutigen Gewalt, des Betrugs, des Betrugs und der Spaltung der Arbeiterklasse zu sichern. Ein solches gefährliches, betrügerisches Manöver, ein unaufrichtiges Spiel der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten mit verteilten Rollen, ist der Volksentscheid.

Wer organisiert den Volksentscheid?

Betrachten wir zunächst die nationalen Freiheitsheben, die dieses Volksentscheidsgeschäft finanzieren und organisieren. Wer sind die eigentlichen Drahtzieher dieser betrügerischen Aktion, von der die Nationalsozialisten behaupten, daß sie sich gegen die Finanzmagazette, gegen die Diktatur des internationalen Kapitals richtet? Es sind Führer der Schwerindustrie, die Hugenberg, Kriebitzsch und Böglert, es sind dieselben Leute, die vor dem Krieg durch Kriegseinkaufungen an den „Erbein“ profitierten, die beim Walfenend die größten Gewinne machten. Das sind die Walfenend, die während des Krieges den Raub von Belgien, der Erbein von Brien und Congo forderten, die von Rumänien bis zum Palästina Balkanstaaten des deutschen Imperialismus aufzichten wollten.

Das sind die Hauptschuldigen des Versailles Vertrages, die mit dem Raub der Kampf gegen den französischen „Erbein“ profitierten. Als aber die deutschen Arbeiter im Frühjahr im Jahre 1923 den Widerstand gegen den französischen Imperialismus organisierten, waren sie es, die durch den niederrichtigen Inflationsraub, durch die Ausplünderung der Massen dem Ruhbewiderstand den Vorschub verleihten. Ausgerechnet diese Kriegs- und Inflationsgewinnler empfehlen sich dem deutschen Volke als „nationale Vertreter“.

Kriegsschuldfrage und Kriegsschuld wahrheit

Das sogenannte „Freiheitsgesetz“ fordert von der deutschen Regierung, daß sie den auswärtigen Mächten die Annulierung der Kriegsschuldenklärung, die im Versailles Vertrag enthalten ist, mitteilt. Den Dummen, die nicht alle werden, wird eingerebet,

... sondern so!



Nationalen den Kampf gegen das internationale Kapital zu führen, sind 3. Durch die internationale Reichsbannerbewegung mit den französischen, belgischen und italienischen Schwerindustrieunternehmen verbunden, beschließen mit ihnen gemeinsame Preisverhöhung zur Ausbeutung des deutschen Proletariats und Produktionsrückgang, durch die die Walfenend erheben, so daß das Elend der Arbeitenden gesteigert wird. Wie können die Nationalsozialisten, die als Streikbrecher im Unternehmerfeld dem Kampf der deutschen Arbeiter gegen die Ausbeuter in den Mäulen fallen, einen Kampf gegen den Young-Plan führen? Wie können die Gutsbesitzer, die den Schicksal des internationalen Kapital kämpfen, wenn sie zugleich genötigt werden, unaufrichtig polnische Landarbeiter heranzuziehen, um den Lohn der deutschen Landarbeiter zu drücken? Wie kann ein Hugenberg den Kampf gegen die Diktatur des internationalen Finanzkapitals führen, wenn er zugleich durch seine Liga mit diesem Kapital die besten Geschäftsbeziehungen unterhält?

Nur die proletarische Revolution unter Führung der SPD, die im Bündnis mit den Massenbewegungen Arbeiter aller Länder, geht auf die proletarische Macht in der Sowjetunion, einen Kampf führt gegen die Diktatur des deutschen und internationalen Kapitals, kann die Fesseln des Young-Planes sprengen.

Die Hugenberg, Stiller und ihre Kumpane entfalten in ihrer Presse eine wilde Hetze gegen den Arbeiterstand, den sie als „Sowjetjuda“ belächeln.

Die deutschnationalen Führer, die mit den Nationalen gegen den „Erbein“ kämpfen, verhandeln zugleich hinter dem Rücken der Arbeiter mit dem französischen Generalstab über ein Abkommen gegen die Sowjetunion, dem einzigen Staat, dem der Versailles Friedensvertrag abgelehnt hat und gegen den der Imperialismus der ganzen Welt kämpft.

Die nationalen Volksentscheidsträger, die so eng mit dem internationalen Kapital verbunden und verflochten sind, können keinen Weg aus der Reparationsnotwendigkeit finden und wollen das auch gar nicht.

Das revolutionäre Proletariat, das in allen Ländern einen Bundesgenossen in den hungernden Arbeiter hat, muß nach dem Vorbild des russischen Proletariats mit den Reiten der deutschen Ausbeuter zugleich die Ketten des internationalen Kapitals zerbrechen. Das müssen die revolutionären Arbeiter an jeder Stelle der Welt betreiben und den Versuch der faschistischen Massenmobilisierung für den Volksentscheid durch die proletarische Massenmobilisierung gegen Young-Plan und Faschistenterror brechen.

Die proletarische Revolution wird den Young-Plan zerreißen!

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Kommunal-Standale ohne Ende

Die Betrügereien in der Neutöllner Großhandels-Gesellschaft

Der vom Schöffengericht in Neutölln begonnene Prozeß gegen die Beamte der Neutöllner Großhandels-Gesellschaft, den Stadtverordneten A. D. Bolgs, Stadtrat A. D. Froger und den Prokuristen Heinrich, die Angeklagten werden umfangreicher Betrügereien beschuldigt, der Prozeß fällt in das große Kapitel der Berliner Kommunal-Standale.

Die Neutöllner Großhandels-Gesellschaft wurde 1919 von der Stadt Neutölln ins Leben gerufen. Ihr Zweck war ein ähnlicher wie der der Reichs-Vertriebs-Gesellschaft, aus dem Reichs Lebensmittelwaren abzuheben und besonders Lebensmittel der Kleinverbraucher zu liefern. Die Ueberflüsse sollten armen Einwohnern Neutöllns zugute kommen.

Obwohl die Gesellschaft sich so entwickelte, daß sie in kurzer Zeit mehr als 50 Filialen besaß, haben die Armen Neutöllns nicht etwas von ihren Gewinnüberschüssen gesehen.

Es stellen vielmehr in die Taschen der Leiter der Gesellschaft der letzten drei Anzeigensätze, die nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Angehörigen der Familien der Leiter der Gesellschaft hohe Aufwandserschuldungen monatlich erhalten und riesige Speisenschuldungen aufstellten, sondern auch durch betrügerische Geschäfte mit der Großhandels-Gesellschaft für sich selbst Vorteile erzielten.

Der Prozeß gegen die drei Angeklagten schwebt fast zwei Jahre lang im Arresthause der Neutöllner Gefängnisse. Die Angeklagten sind in einem Zivilprozeß die Beschlagnahme von Schadenersatz verurteilt worden. Für den Schadenersatz sind etwa 15 Tausend gezeichnet, darunter vom Reichsamt Neutölln Stadtrat Radtke und Bürgermeister Scholz. Der Prozeß wird zwei Tage dauern.

Große Fabrikbrände

Chemischer Schaden — 4 Tote.

Der Karl Gräßlinschen Fabrik in Witten brach am 1. d. M. in kurzer Zeit nach der Anlage eines Gasbrenners über eine Streckenlänge von 200 Meter erst, in der Folgezeit in der Fabrik, was eine Rettung der anstehenden Gebäude schon unmöglich, da das Feuer in dem benachbarten Werkstätten reichlich Nahrung fand. Die ersten nach dem Brande entzündeten auswärtsigen Feuerwehren von Witten, Bielefeld, Kempen und Mainz mußten sich auf die Schah der anschließenden Häuser beschränken, die durch den Brand und die große Hitze stark gefährdet waren.

Die Anlage ging die Metallfabrik der Firma Bachhoff u. Co. in der Bahnhofstraße in Witten auf. Die Werkstätte umfaßte sieben Maschinen, für etwa 9000 Mk. wertigen Rohstoffe. Die Fabrik wurde vollständig zerstört. Das Gebäude des Grundrisses ist innen vollständig ausbrannt, mit Ausnahme der Fundamente wurde vollständig zerstört. Das Gebäude konnte gerettet werden. Das Feuer ist wahrscheinlich durch entzündete, das glühende Kohlen aus einem eisernen Gefäß gefallen.

Baltimore. Bei dem Brand in einer Klappier- und Lampenherstellungsfabrik sind nach den letzten Meldungen 7 Personen ums Leben gekommen, 7 Verletzte erlitten Verwundungen.

48 Bergleute dem Profit geopfert

Wie aus MacMillan in Oklahoma gemeldet wird, sind durch einen schweren Explosion im Kohlenbergwerk North-MacMillan 48 Bergleute verunglückt worden. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Man befürchtet, daß die 60 eingeschlossenen Bergleute erstickt. Man befürchtet, daß die 60 eingeschlossenen Bergleute erstickt. Man befürchtet, daß die 60 eingeschlossenen Bergleute erstickt.

Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt. Nach den letzten Meldungen aus MacMillan ist die Hoffnung vorhanden, die in Folge einer Explosion im Kohlenbergwerk North-MacMillan noch eingeschlossenen 48 Bergleute zu befreien.

Es sind jetzt noch 12 Bergleute als Geiseln geblieben.

Arbeiter im Steinbruch erschlagen

Bei einer Sprengung in einem Steinbruch bei Lanberis (Pennsylvanien) töten sich Felsmassen im Gesicht von mehreren arbeitenden Steinern und erschlagen drei Arbeiter.

Er mordung einer Sechzehnjährigen

Wie einer Welle bei Bogenhausen (in der Nähe von München) wurde die 16jährige Berta Weinmann im Schöße ihrer Mutter aufgefunden. Das Mädchen war einem Luftschiff zum Opfer gefallen, der ihr die Schädelschneide ein- geschnitten hatte. Dem Opfer, an dem offenbar ein Sittlich-

keitsverbrechen verübt war, waren die Kleider vom Reibe gerissen. Der Körper hatte je wahrscheinlich auf der Straße angefallen und dann 40 Meter weit in die Welle verschlept. Die Ermordete ist eine Schneiderin und stammt aus der Gegend von Donaueschingen. Zuletzt wohnte sie in München.

Der Mord hat große Aufregung in der bayerischen Hauptstadt hervorgerufen. Nach dem Täter wird hieherhaft gesucht.

Nach Ueberquerung des Ozeans abgestürzt

Die beiden französischen Flieger Gholle und Larre Borges, die nach Ueberquerung des Ozeans in Maracuja zu einer etwas fürmlichen Notlandung gezwungen waren, haben, wie es scheint, nachdem sie die überamerikanische Küste glücklich erreicht hatten, die Orientierung verloren. Der Flug, wo ihr Flugzeug den Boden berührte, liegt etwa 50 Meilen von der Küste entfernt in der Nähe der Grenzlinie zwischen den Staaten Rio Grande del Norte und Parahua. Das Flugzeug ist beim Ausfliegen umgefallen, wobei beide Flieger verletzt wurden. Die Flieger wurden schließlich von einem Trupp Flieger aufgefunden, der vom Lande kommend sich gegen die Küste bewegte. Die Landungsstelle ist von menschlichen Siedlungen ziemlich weit entfernt, und es nahm deshalb mehrere Stunden in Anspruch, ehe die Flieger einen Ort erreichten, von wo aus sie über eine private Telegraphenleitung sich mit der Stadt Natal in Verbindung setzen konnten. Der Leiter des Flugzeugdienstes hat inzwischen ein Flugzeug in der Landungsstelle entsandt. Die Flieger sind etwa 26-29 Stunden in der Luft geblieben. Obwohl der von ihnen geplante Nonstop-Flug bis zur Hauptstadt Maracuja mißglückt ist, dürfen sie wenigstens nach dem Erfolg verhalten, daß sie die fünf andere Flugzeugbesatzungen vor ihnen den Flug über den Atlantischen Ozean auf der südlichen Route glücklich durchgeführt konnten. Das Dorf Maracuja, in dessen weiterer Umgebung sich ihr Landungsplatz befindet, ist nicht allzu weit von Torres entfernt, wo der Flieger Ferrari und Delprete im Juli 1928 nach einem stundenlangen Aufenthalt einen neuen Fernflugversuch darstellte.

Ein Flugfeld

Die französischen Flieger Colles und Cedos sind auf dem Atlantik, 4000 km bei Marille gelandet, nachdem sie in 82 Stunden 40 Minuten Dauerflug 8100 Kilometer zurückgelegt hatten.

Der Mord an dem Chauffeur

Er führte ein Doppelleben — Keine Spur des Täters

Die Beamten der Berliner Mordkommission sind mit der Nachprüfung der Angaben einzelner Zeugen zur Klärung des Chauffeurmordes bei Malchow beschäftigt. Eine greifbare Spur des Mörders wurde aber bisher noch nicht entdeckt.

Regenbin Anhalt für die Herkunfts des Mörders konnte bisher nicht gefunden werden, so daß die polizeilichen Ermittlungen darüber ganz beschränkt verlaufen werden.

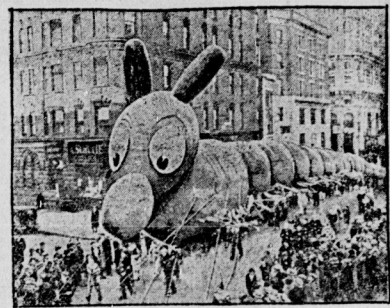
Wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, führte der Schalepanitz ein Doppelleben. Nachts war er der müdeste Tagelohnchauffeur, während er tagsüber elegant gekleidet sich in den Empfangshallen der Berliner Luxus-hotels und Gaststätten des Westens aufhielt. Auf diese Weise ludte Schalepanitz, der als Junggelle bei seiner Zante in der Dohlnenstraße in Charlottenburg wohnte, die Bekanntschaft reicher Damen zu machen. Als ehemaliger Offizier und Grenadierbesitzer, als fählicher Mann mit guten Manieren, fand Schalepanitz leicht die Zuneigung von heiratungslustigen Damen.

Bewegener Kauf. In Stettin wurde ein bewegener Kupelenträger ausgeführt. In der kleinen Domstraße war ein Mann in ein Schaufelwerk des Jumeleis Schell einen Stein, ergab zwei Sänder mit Ringen im Werte von 40-50 000 Mark, dessen ein in der Nähe stehendes Werteauro und suchte damit das Weite.

Reinluftschiff „P. N. 28“ in Berlin gelandet. Das deutsche Reinluftschiff „P. N. 28“, das in Seddin bei Stolp die Fahrt nach Berlin angetreten hatte, ist auf dem Flughafen Staaken gelandet. Trotz Schneegestöbers und schwerer Regenböden verlief die Fahrt glatt.

Links:

Gendarmen halten Totenwacht. Zurzeit findet in Szolnok die große ungarische Giftmordtragedie ihr gerichtliches Nachspiel. Um die Untersuchung sicherzustellen, hat sich die Behörde veranlaßt gesehen, den Friedhof von Tiszakürt zu bewachen. Rechts: Schwert u. Krummstab. Der neue Bischof von Berlin, Dr. Scheibel, wird seinen Regierungssitz im alten Militärkabinett in der Behrensstraße aufschlagen, in dem jetzt das Reichwehrgruppenkommando I hauset. Diese Tatsache symbolisch für die Zusammengehörigkeit von Schwert und Krummstab. Uebrigens wirft sie auch ein Licht auf die Freigebigkeit des Konkordats. 4 Säle und 128 Zimmer stehen dem schwarzen General zur Verfügung. Und die wohnungslosen Frolen?



Amerika macht in Wohlthatigkeit.

Wie alljährlich wurde auch diesmal am St. Nikolaustage in Newyork von den großen Wohlthätigkeitsorganisationen ein großer Festzug durch die Straßen veranstaltet. So täuscht man über das Elend hinweg.

Berufung im Stolberg-Prozeß

Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat in der Angelegenheit des Grafen Stolberg nunmehr auch der Oberstaatsanwalt gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen die lächerliche „Strafe“ für Stolberg bedeutet nicht, daß der Oberstaatsanwalt mit dem Urteil nicht einverstanden wäre. Sie ist lediglich eine Folge der Berufung, die Stolberg selbst eingelegt hat.

Windhose über Bad Dönnhausen

Am Montag nachmittag ging über Bad Dönnhausen eine Windhose hinweg, die erheblichen Gebäudeschaden anrichtete. Verschiedentlich wurden Schaufenster eingeschlagen. Eine Person trug durch herabfallende Dachziegel leichte Verletzungen davon. Die Dönnhausen wurden nicht beschädigt. Viele Bäume sind umgestürzt. In zahlreichen Fällen mußte die Feuerwehrgesellschaft leisten. Die Dächer von acht Häusern sind vollkommen zerstört.

Sieben Opfer eines Lagerbrandes.

In den Arbeiterräumen einer Klappier- und Lampenherstellungsfabrik in Baltimore brach ein Brand aus, bei dem sieben dort beschäftigte Mädchen ums Leben kamen.



Das Metallbetriebe

Mobilisierung der Metallbetriebe!

Die Gewerkschaften des DMB. verjähren ihre Heßkampagne — Sie bereiten einen neuen Verrat in der Lohn- und Arbeitszeitfrage — Her mit der Delegiertenkonferenz der Opposition

Die Sozialfaschisten im DMB sind auf dem Vormarsch. Sie kommen nicht zum Stillstand. In der Zeit der letzten Wahlen, die sich als ein besonders glückliches Ereignis für die Gewerkschaften darstellte, wurde ein gewisses Maß an Mobilisierung der Opposition erreicht. Die Gewerkschaften haben sich als ein einheitliches Ganzes gezeigt, das sich für die Bekämpfung der Heßkampagne des DMB einsetzt. Sie haben sich als ein einheitliches Ganzes gezeigt, das sich für die Bekämpfung der Heßkampagne des DMB einsetzt. Sie haben sich als ein einheitliches Ganzes gezeigt, das sich für die Bekämpfung der Heßkampagne des DMB einsetzt.

Achtung, Fabrikarbeiter!

Zuerst finden in allen Betriebsstellen des Fabrikarbeiterverbandes die Delegiertenkonferenzen zur Generalversammlung statt. Die Delegiertenkonferenzen sind ausschlaggebend für die Preisermittlung. Darum muß sofort in allen Betriebsstellen eine Preisermittlung stattfinden. Die Delegiertenkonferenzen sind ausschlaggebend für die Preisermittlung. Darum muß sofort in allen Betriebsstellen eine Preisermittlung stattfinden.

Durch Bonzenverrat auf der Streife geblieben

Zehn revolutionäre Bergleute von der Grube „Cäcilie“ gemahregt — Kumpels, zieht eure Lehren, organisiert die rote Klassenfront in den Betrieben! — Kampf den Unternehmern und ihren Angehörigen!

Am Mittwoch, dem 11. Dezember, haben die Grubengewaltigen 10 von den streikenden 13 Bergleuten wegen „Arbeitsmangels“ glückselig!

Die Direktion weiß das Verhalten dieses Verräters zu mißbilligen und sie ist dem innigen Wunsch derselben nachgegeben. Sie kennt auch die Bedeutung des entschlossenen und mutigen Auftretens dieser kleinen Gruppe. Sie will unbedingt verhindern, daß das Beispiel Schule macht. Sie will die übrige Belegschaft, die sich angeschlossen hat, mit diesen Terrormaßnahmen einschüchtern. Aber sie hat sich getäuscht.

Kumpels! Das ist die einzig richtige Antwort, die ihr den Grubenbaronen, den Werks- und Sozialfaschisten geben könnt.

Es folgt auf diesem Beispiel. Erreicht das sozialistische Gewerkschaftsmitglied erst eine gewisse Reife, so ist es an der Reihe, die Gewerkschaften zu verlassen und sich der revolutionären Klassenfront anzuschließen. Die Gewerkschaften sind nur ein Übergangsstadium. Die revolutionäre Klassenfront ist die einzige Organisation, die die Interessen der Arbeiter vertritt.



Die Arbeiter einer der Bergwerke in Schuja. 700 Mann sind ab 1. Dezember zum Arbeitslosteil nach dem Muster der Stobriggaber übergegangen und haben sich zu einem Kollektiv vereinigt.

Wieder eine oppositionelle Zahlstelle im Bergarbeiterverband

Die Antwort für den Verrat der Sozialfaschisten bei der Bergarbeiter-Lohnbewegung.

Die am Sonntag tagungsbedingte Generalversammlung der Bergarbeiter-Zahlstelle Neudorf hat die Mehrheit der Mitglieder mit oppositioneller Mehrheit beschlossen. Die Sozialfaschisten erhielten beim Bericht über die Lohnbewegung einen klaren Hinweis, selbst zu ihrem eigenen Schaden.

Die revolutionäre Opposition ist keinesfalls geschlagen, im Gegenteil, sie gewinnt in den Betrieben, in die sich die Bonzen gar nicht mehr hineinwagen, täglich an Stärke.

Die Kollegen diskutieren über die Maßnahmen der Gewerkschaften und kommen zu dem richtigen und richtigen Ergebnis: Die Gewerkschaften sind nicht mobilisiert. Die Opposition der Spaltung besteht. Die Opposition der Spaltung besteht. Die Opposition der Spaltung besteht.

Was sagen wir Betriebsarbeiter zu dieser Konferenz?

Nach dem Bericht der Preisermittlung haben wir kaum etwas Neues zu erwarten. Das Ziel der Konferenz ist die Mobilisierung der Opposition. Die Opposition der Spaltung besteht. Die Opposition der Spaltung besteht. Die Opposition der Spaltung besteht.

Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die weiteren Formulierungen, durch die freudig verstanden wird, daß es auch in diesem Bezirk gelang, für die Arbeiter Verbesserungen zu erzielen. Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Blutprofite im verächtlichen Stickstoffwert Biesteritz

Die Verletzung Schuld an den täglichen Unglücksfällen — Arbeiter, schützt Euch selbst, schützt eure Vertrauensleute — Kampf unter ihrer Führung für kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne

Die Gewerkschaften verbergsamer Weise gehen die Chemiegewaltigen Leben und der Gesundheit ihrer Lohnslaven um. Die Verletzung Schuld an den täglichen Unglücksfällen — Arbeiter, schützt Euch selbst, schützt eure Vertrauensleute — Kampf unter ihrer Führung für kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne

Ausschlusskategorie im Gesamtverband der öffentlichen Betriebe

Daß die Bürokraten der Verhinderung der Gewerkschaften der öffentlichen Betriebe zum Zweck härterer sozialistischer Bekämpfung betreiben, hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition rechtzeitig der Arbeiterkraft aufgezeigt. In Stuttgart wird Genosse Maubach ausgeschlossen, weil er eine Verhinderung der öffentlichen Betriebe zum Zweck härterer sozialistischer Bekämpfung betreiben, hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition rechtzeitig der Arbeiterkraft aufgezeigt.

Massenbewegung der Erwerbslosen

In dem Augenblick, wo die sozialdemokratische Koalitionsregierung mit der Finanzreform die Grundlage für eine weitere Verelendung der Massen schafft, marschieren im ganzen Reich die Erwerbslosen unter Führung der kommunistischen Partei gegen die Hungerlohn-Regierung an.

Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die weiteren Formulierungen, durch die freudig verstanden wird, daß es auch in diesem Bezirk gelang, für die Arbeiter Verbesserungen zu erzielen. Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die weiteren Formulierungen, durch die freudig verstanden wird, daß es auch in diesem Bezirk gelang, für die Arbeiter Verbesserungen zu erzielen. Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die weiteren Formulierungen, durch die freudig verstanden wird, daß es auch in diesem Bezirk gelang, für die Arbeiter Verbesserungen zu erzielen. Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

Die Gewerkschaften führen schließlich auch zum Attentat auf das DMB bei den Metallindustriellen!

